

Ende Legende:

Fakten zum EU-Mercosur Abkommen



Ende Legende:

Fakten zum EU-Mercosur Abkommen

Autor*innen:

Shira Stanton

Jürgen Knirsch

➔ Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace ist international, überparteilich und völlig unabhängig von Politik und Wirtschaft.

Mit gewaltfreien Aktionen kämpft Greenpeace für den Schutz der Lebensgrundlagen.

Mehr als 600.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt, der Völkerverständigung und des Friedens.

Ende Legende: Fakten zum EU-Mercosur Abkommen

Hintergrund:

Um die Klimakrise zu bewältigen, einen ökologischen Zusammenbruch zu vermeiden und künftige Gesundheitskrisen zu verhindern, muss die EU gleich an mehreren Fronten Fortschritte machen.

Der Fleischkonsum in Europa ist bereits doppelt so hoch wie der weltweite Durchschnitt. Er muss in den nächsten neun Jahren um 71% gesenkt werden, [um die Treibhausgasemissionen zu senken](#) und um Wälder und andere Ökosysteme zu schützen. Sowohl die industrielle Fleischproduktion als auch die Futtermittelproduktion und die Weidewirtschaft zerstören Wälder und wertvolle Ökosysteme. Dadurch werden wir der Gefahr zukünftiger Pandemien ausgesetzt: Wird die Natur zerstört, [entstehen neue Krankheiten](#). Dabei dienen Massentierhaltungsbetriebe [als Brutstätten](#). In Deutschland sinkt zwar der Fleischkonsum leicht - im [Jahr 2019](#) lag er bei 59,5 Kilogramm pro Kopf) - werden jedoch der Verbrauch von Tierfutter, die industrielle Verwertung sowie Produktverluste mit eingerechnet, so summiert er sich auf 87,8 Kilogramm. Politik und Wirtschaft ignorieren aber die massiven Probleme und die hohen gesellschaftlichen Folgekosten des Billigfleischs und halten seit Jahren an einem [kaputten System](#) fest, das durch tierschutzwidrige Missstände, Umwelterstörung und Mißachtung von Verbraucherschutz geprägt ist.

Die Mitgliedstaaten der EU exportieren weiterhin giftige Pestizide in [Drittländer](#), obwohl diese in Europa wegen ihrer Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Natur nicht zugelassen sind. Zwar ist ihre Anwendung in Europa untersagt, nicht jedoch der Export - somit können Rückstände dieser Pestizide über in Drittländern angebaute Pflanzen [wieder eingeführt werden](#). Der Export gefährlicher Pestizide durch europäische und deutsche Unternehmen wie [BASF und Bayer](#) muss [aufhören](#).

[12% der Treibhausgase, die in der EU](#) ausgestoßen werden, entfallen auf Autos mit Benzin- und Diesel-Verbrennungsmotoren. Sie tragen zudem wesentlich zur Luftverschmutzung bei, sodass im Jahr 2016 [etwa 400.000 vorzeitige Todesfälle auf ihr Konto gingen](#). Die EU muss den Verkauf von Neuwagen und Hybridfahrzeugen mit diesel- und benzinbetriebenen [Verbrennungsmotoren](#) bis zum Jahr 2028 stoppen. Ein Verkaufsverbot dieser Fahrzeuge muss auch den Export betreffen. Deutschland ist mit einem Volumen von über 2,1 Milliarden Euro (Stand 2018) [der größte Exporteur von Autos und Autoteilen](#) in den Mercosur und wäre somit der Hauptnutznießer der mit dem EU-Mercosur-Abkommen geplanten Zollsenkungen und gleichzeitig hauptverantwortlich für die damit verbundenen Treibhausgasemissionen.

Das EU-Mercosur-Freihandelsabkommen verhindert in den drei vorgenannten Bereichen nicht nur jeglichen Fortschritt - es [trägt aktiv dazu bei, das Gegenteil zu erreichen](#). Das Abkommen soll den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten wie Fleisch und Soja, mit Chemikalien wie etwa Pestiziden, sowie mit Autos und Autoteilen steigern. Dies steht in [direktem Widerspruch zu](#)

[den Zielen des europäischen Green Deals](#). Der Teufel steckt dabei nicht im Detail – das gesamte Freihandelsabkommen ist ein Rückschritt in Sachen [Klima](#)- und [Umweltschutz](#). Die jetzt in die Diskussion gebrachten Anpassungen oder Ergänzungen werden das nicht ändern können.

Die mächtige Exportwirtschaft will jedoch, dass dieses Abkommen zustande kommt. Um das zu erreichen, stellt sie viele falsche Behauptungen auf. Greenpeace hat diesen Fakten-Check zusammengestellt, um ihre Meinungsmache zu diesem toxischen Abkommen zu widerlegen.

Der Fakten-Check:

1. “Einige europäische Staats- und Regierungschefs sagen, sie würden das Abkommen [„in seiner jetzigen Form“](#) nicht unterzeichnen. Ist damit alles in Ordnung?”

Ende Juni 2019 erfolgte der politische Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der EU und dem Mercosur; seitdem befindet sich der ausgehandelte Text in den Händen von Juristinnen und Juristen und Übersetzerinnen und Übersetzern. Sie arbeiten an einem endgültigen Wortlaut für den Abkommenstext, der in den 24 EU-Amtssprachen vorzulegen ist. Zuvor wurde der Text noch einmal juristisch überprüft - ein Vorgang, der als „legal scrubbing“ oder Rechtsförmlichkeitsprüfung bezeichnet wird. Erfahrungen aus dem legal scrubbing beim EU-Kanada-Abkommen (CETA) zeigen, dass das Abkommen, das die EU-Mitgliedstaaten letztendlich nach der „juristischen Bereinigung“ unterzeichneten, deutlich von der Textfassung abwich, auf die sich beide Vertragsseiten beim politischen Abschluss geeinigt hatten. So wurden bei CETA nach dem offiziellen Abschluss der Verhandlungen [19% des Textes abgeändert](#). Das Kapitel zu den Konzernsonderklagen wurde dabei komplett umgeschrieben. Das Besorgniserregende: Das finale Abkommen war ebenso gefährlich für die Umwelt, Arbeitnehmerrechte und die öffentliche Gesundheit wie der politisch ausgehandelte Text und enthielt nur der öffentliche Kritik geschuldete [kosmetische Änderungen](#).

Durch die „juristische Bereinigung“ können weder die Schiefelage eines “Kühe für Autos” Freihandelsabkommens noch die zugrunde liegenden wirtschaftlichen Zusammenhänge verändert werden. Die grundlegenden Probleme des EU-Mercosur-Abkommens lassen sich nur lösen, indem das Abkommen vollständig abgelehnt und die EU-Handelspolitik auf eine völlig neue Basis gestellt wird.

Eine wachsende Zahl europäischer Staats- und Regierungschefs haben in den letzten Monaten Kritik an dem Abkommen geäußert - wie auch einige nationale Parlamente und das Europäische Parlament. Sie alle lehnen das Abkommen in der “vorliegenden Form” ab. Die EU-Kommission sagt nun, dass die schädlichen Auswirkungen des Abkommens durch ein Gemeinsames Auslegungsinstrument behoben werden könnten, welches dem Abkommen beigefügt würde. Würde man sich einvernehmlich auf eine solche rechtsverbindliche Erklärung einigen, würde sie an den Bedingungen des Abkommens jedoch nichts ändern – was wiederum

für die Durchsetzung des Umwelt-, Gesundheits- und Sozialschutzes erforderlich wäre. Sie hätte bestenfalls Auswirkungen auf die Auslegung des Abkommens und gäbe dem ansonsten miesen Abkommen eine hübsche Verpackung. Die Verhandelnden haben das Abkommen so ausgestaltet, dass der Handel auf Kosten von Klima-, Wald- und Umweltschutz, Gesundheit und Menschenrechte gefördert wird. Die einzig vernünftige Option besteht also darin, das Abkommen abzulehnen und neue Verhandlungen einzufordern. Diese müssten von Anfang an transparent und demokratisch legitimiert sowie kontrolliert durchgeführt werden.

2. „Dieses Abkommen würde es EU-Staats- und Regierungschefs erlauben, stärkeren Einfluss und Druck auf Brasilien und Bolsonaro auszuüben.“

Während die EU-Kommission das Abkommen mit Brasilien und den anderen Mercosur-Ländern aushandelte, hat die Bolsonaro-Regierung zeitgleich ihr Programm vorangetrieben, das den Umwelt- und Klimaschutz sowie die Rechte der Indigenen bedroht. Der politische Abschluss des Handelsabkommens war ein Signal an Bolsonaro, dass seine umweltzerstörende und menschenverachtende Politik von der EU und Deutschland als treibende Kraft hinter dem EU-Mercosur-Abkommen nicht nur geduldet, sondern sogar belohnt wird. Das geht so weit, dass das Abkommen [gar keine Sanktionen](#) bei der Nichteinhaltung von Umweltauflagen oder Kernarbeitsnormen vorsieht.

Selbst wenn die EU versuchen würde, das Handelsabkommen als Druckmittel einzusetzen, damit Brasilien Verstöße dagegen unterbindet, würden Verbesserungen im besten Fall nur im Zeitlupentempo passieren. Dies zeigen die Erfahrungen mit EU-Korea: Das [Abkommen zwischen der EU und Südkorea](#) war das erste einer neuen Generation von EU-Freihandelsabkommen, die ein Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung enthalten. Ein genauerer Blick zeigt: Noch bevor das Abkommen im Jahr 2011 unterzeichnet wurde und 2013 in Kraft trat, hatte es Südkorea versäumt, wesentliche Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation zu ratifizieren, denen das Land im Rahmen des Handelsabkommens zustimmte. Doch es dauerte weitere sechs Jahre, bevor die EU-Kommission im Juli 2019 eine [Streitschlichtung über Arbeitnehmerrechte](#) in die Wege leitete. Die Streitschlichtung ist bis heute noch nicht abgeschlossen: Ein Expertengremium ist derzeit beauftragt, den Fall zu untersuchen und einen Bericht vorzulegen. Daran sieht man erstens, wie lange es dauert, Maßnahmen zu ergreifen, und zweitens, dass es überhaupt nicht klar ist, ob diese Maßnahmen die Bedingungen für Arbeitnehmende in Südkorea überhaupt verbessern können. Denn wenn Korea sich nicht an die im Bericht vorgeschlagenen Maßnahmen hält, hat die EU-Kommission keine weiteren Mittel mehr in der Hand.

3. „Wir können den Druck auf Bolsonaro nicht erhöhen, ohne tiefere Beziehungen zu Brasilien einzugehen.“

Internationale Zusammenarbeit ist unverzichtbar, doch muss der Schutz von Mensch und Umwelt zentraler Schwerpunkt sein. Die Handelsbeziehungen zwischen der EU und Brasilien

sind bereits sehr eng: Die [EU ist die zweitgrößte Handelspartnerin Brasiliens](#), die [zweitgrößte Importeurin von brasilianischem Soja](#) sowie eine [wichtige Importeurin von brasilianischem Rindfleisch](#). Sie ist also auch ohne dieses Abkommen eine strategische Handelspartnerin, die nicht zu ersetzen ist. Doch die EU war bislang entweder nicht willens oder nicht in der Lage, Bolsonaros verheerende Politik zu beeinflussen. Das EU-Mercosur-Abkommen steht für eine Politik des „mehr vom Gleichen“ und würde [den Handel mit genau jenen landwirtschaftlichen Produkten fördern, welche die Zerstörung von Wäldern und Ökosystemen vorantreiben](#), sowie die damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen, ohne zur Lösung dieser Probleme beizutragen.

Falls die EU es mit dem Schutz des Klimas, der natürlichen Waldgebiete und Ökosysteme sowie der Menschenrechte ernst meint, muss sie dafür sorgen, dass ihr Konsum nicht länger den Klimawandel, Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen vorantreibt. Der beste Weg dahin wäre [ein neues EU-Gesetz](#), durch das Unternehmen nachweisen müssen, dass die von ihnen auf dem EU-Markt vertriebenen Produkte nicht mit Entwaldung, Ökosystem-Umwandlung oder Menschenrechtsverletzungen verbunden sind.

4. „Wenn die EU dieses Handelsabkommen nicht abschließt, werden die Mercosur-Länder eines mit China abschließen und die EU verliert an Einfluss, was für die Umwelt und die Menschenrechte schlimmer wäre.“

Wir brauchen keine Handelsabkommen, um Handel zu betreiben – die EU betreibt bereits Handel mit den Mercosur-Ländern, und China ebenso. Tatsächlich streben die Mercosur-Länder dieses Abkommen mit der EU gerade deshalb an, weil [das Wachstum des Handels mit China nachlässt](#). Ein weiteres fragwürdiges Argument ist, dass durch die Intensivierung des Handels der EU mit dem Mercosur dieser vor den schlechteren chinesischen Standards geschützt würde, denn der Handel mit der Volksrepublik China erfolge [„auf Basis deutlich geringerer Standards“](#). Wer im Glashaus sitzt sollte nicht mit Steinen werfen: Die deutlich schlechteren Produktionsstandards haben Deutschland bisher nicht davon abgehalten, [mit Abstand Chinas größter europäischer Handelspartner zu sein](#). Und China war 2018 zum dritten Mal in Folge Deutschlands größter Handelspartner. Im Jahr 2018 belief sich das bilaterale Handelsvolumen auf knapp 200 Milliarden Euro (auf die deutschen Exporte nach China entfielen rund 93 Milliarden Euro und auf die deutschen Importe aus China knapp 106 Milliarden Euro). Damit entfällt knapp ein Drittel des gesamten Handelsvolumens der EU mit China (rund 605 Milliarden Euro) auf Deutschland. In der ersten Jahreshälfte 2020 ist China, bis zu dem kürzlich wegen der Fälle von Afrikanischer Schweinepest (ASP) verhängten Importstopp, [zum wichtigsten Abnehmer für Schweinefleisch aus Deutschland](#) aufgestiegen. Während sich die Ausfuhren im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mehr als verdoppelt haben und einen Anteil von mehr als einem Viertel aller Schweinefleisch-Exporte ausmachen, bleibt unberücksichtigt, unter welchen Antibiotika-, Gülle- und Tierhaltungsproblemen und Arbeitsbedingungen das Schweinefleisch in Deutschland produziert wird.

Mit ihren 27 Mitgliedstaaten und [einer Bevölkerung von aktuell fast 450 Millionen Menschen](#) hat die EU eine hohe Kaufkraft und damit einhergehende Verantwortung. Statt die Macht der EU herunterzuspielen, sollten die Staats- und Regierungschefs sie nutzen, um positive Veränderungen in der Welt herbeizuführen – zum Beispiel, um die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Indigenen auf der ganzen Welt zu schützen und weiterzuentwickeln. Genauso muss sichergestellt werden, dass unser Konsum nicht zur Forcierung des Klimawandels, der Zerstörung von Wäldern und Ökosystemen oder zu Menschenrechtsverletzungen beiträgt.

[Ein neues Gesetz](#) muss auf EU-Ebene dafür sorgen, dass Produkte, die durch Wald- und Ökosystemzerstörung und durch Menschenrechtsverletzungen entstehen, nicht mehr in den Supermarktregalen landen. Das ist ein wichtiger Schritt zur Reduzierung der ökologischen und sozialen Bilanz des EU-Konsums. Freihandelsabkommen der EU, die den Handel mit schädlichen Gütern und Produkten fördern, welche durch das neue Gesetz vom Binnenmarkt ausgeschlossen werden sollten, sind sinnlos.

5. “Die Staats- und Regierungschefs der EU schließen diese Handelsabkommen zum Vorteil kleiner und mittlerer Unternehmen.”

Das EU-Mercosur-Abkommen wurde nur zum Vorteil der größten Konzerne geschaffen, [die 80% des Welthandels betreiben](#). In Europa ansässige Riesen bei der Herstellung von Pestiziden, wie BASF oder [Bayer-Monsanto](#), dürften beispielsweise [enorme Gewinne erzielen](#), falls das EU-Mercosur-Abkommen ratifiziert wird. Bereits heute [verkaufen sie in den Mercosur-Ländern hochgiftige Pestizide, die nicht auf dem EU-Markt vertrieben werden dürfen](#). Das Abkommen würde sie weiter belohnen: es sieht zollbegünstigte Quoten für den Export europäischer Chemikalien in die Mercosur-Länder vor, was die Gewinne der Unternehmen noch steigern würde.

Nur Großkonzerne können etwaige Vorteile nutzen, die Handelsabkommen Unternehmen bieten, denn [für kleinere Unternehmen ohne die entsprechenden Ressourcen ist das schwierig](#). Aus diesem Grund ziehen es die kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) meistens vor, gar nicht in Länder außerhalb der EU zu exportieren. Dennoch wird die Rolle der KMUs von der EU-Kommission überbetont: Betrachtet man die tatsächlichen Zahlen über die Bedeutung der KMUs für Exporte außerhalb der EU (Extra-EU-Exporte), so wird deutlich, dass die Rolle der KMUs im Handel mit Ländern außerhalb der EU begrenzt ist. Laut einem kürzlich veröffentlichten [Vermerk](#) des Chefökonomens der EU-Kommission machen KMUs nur 28% der Extra-EU-Exporte aus (5% für Kleinunternehmen, 7% für kleine und 16% für mittlere Unternehmen). Dagegen entfallen auf die große EU-Exporteure 57% der gesamten EU-Ausfuhren. So gesehen kann man [dieses Abkommen sogar als Hindernis für den Erfolg von mittelständischen Unternehmen](#) bezeichnen, denn es verzerrt die ungleichen

Wettbewerbsbedingungen noch mehr. Das Kapitel im EU-Mercosur-Handelsabkommen über mittelständische Unternehmen ist nur vier Seiten lang und bei Verstößen gegen die Bestimmungen dieses Kapitels können - wie auch bei Verstößen gegen das Nachhaltigkeitskapitel - keine Sanktionen verhängt werden. Mittelständische Unternehmen sind hier eindeutig keine Priorität.

6. “Aber das Abkommen wird doch Arbeitsplätze schaffen!”

Sogar eine von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Nachhaltigkeitsabschätzung räumt ein, dass dieser Deal wahrscheinlich [keine signifikante Zunahme an Arbeitsplätzen mit sich bringt](#). Diese Einschätzung wurde erst nach Abschluss der Verhandlungen veröffentlicht. Ihre Ergebnisse wurden während der Verhandlungen nicht berücksichtigt, wie es eigentlich vorgesehen ist. Diesen formalen Mangel [untersucht derzeit die Europäische Ombudsfrau](#). Trotzdem geht die EU-Kommission mit dem Mythos der Arbeitsplatzschaffung hausieren. Fakt ist, dass in vielen Branchen Arbeitsplätze wegfallen werden und die wenigen Sektoren, die eine Zunahme an Arbeitsplätzen erwarten lassen, vernachlässigbar sind. Selbst im günstigsten Fall gehen die Prognosen der Kommission in der Kfz- und Mobilitätsbranche lediglich von einem Anstieg um 0,5% aus. Seit dem Jahr 2011 ist diese Branche um 11,6% gewachsen – ganz ohne den Deal.

In umweltfreundliche Verkehrsmittel zu investieren schafft neue nachhaltige Arbeitsplätze vor Ort. Fast [fünf Millionen zusätzliche Arbeitsplätze](#) könnten entstehen, wenn die Länder der United Nations Economic Commission for Europe (UNECE) ihre Investitionen in den öffentlichen Verkehr verdoppeln würden. Einer [Studie](#) des Europäischen Radfahrer-Verbands zufolge arbeiten in der EU bereits heute etwa 655.000 Menschen in der Fahrradbranche (Herstellung, Verkauf und Reparatur). Eine Verdopplung des Fahrradanteils im Verkehr könnte mehr als 400.000 weitere Arbeitsplätze schaffen.

7. “Nach den hohen wirtschaftlichen Einbußen aufgrund der Corona-Pandemie brauchen wir das Handelsabkommen, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln.”

Selbst die Befürworterinnen und Befürworter dieser These [gehen davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt der EU so bis zum Jahr 2032 nur um 0,1% steigen wird](#) – während die Verbraucherpreise gleichzeitig um 0,2% steigen sollen.

[Es hat sich immer wieder gezeigt, dass der Freihandel nur Großkonzernen zugute kommt](#) und zu Lasten der durchschnittlichen Arbeitnehmenden und der Umwelt geht. Staatsausgaben sind unerlässlich, um Arbeitsplätze zu schützen und Dienstleistungen zu erbringen – besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Niedrigere Handelszölle entziehen den Regierungen jedoch eine wichtige Einnahmequelle. Sollte die Mehrwertsteuer erhöht werden, um geringere

Einnahmen durch niedrigere Zölle auszugleichen, würde das Verbraucherinnen und Verbraucher noch stärker treffen. Und es gibt keine Garantie dafür, dass die gehandelten Güter billiger sein werden: die Unternehmen könnten die Vorteile der Handelsliberalisierung einfach selbst einstecken, anstatt sie an die Verbraucherinnen und Verbraucher weiterzugeben.

8. “Das Abkommen verlangt, dass die Vertragsparteien das Pariser Klimaschutzabkommen wirksam umsetzen. Das setzt Brasilien und die anderen unter Druck, Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen.”

Das Pariser Klimaschutzabkommen wird im Mercosur-Abkommen im Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung erwähnt. Es verfügt über [keinen Mechanismus zur Durchsetzung der Verpflichtungen](#). Da das gesamte Kapitel über Handel und nachhaltige Entwicklung vom Streitschlichtungsmechanismus des Abkommens ausgeschlossen ist, stellt sich die Frage, wie über etwaige Konflikte entschieden werden soll. Dieses kurze und zahnlose Bekenntnis zum Pariser Klimaschutzabkommen ist alles andere als beruhigend. Zwar geht auch das übergeordnete EU-Mercosur Assoziierungsabkommen auf das Pariser Klimaschutzabkommen ein, folgt jedoch dem Handelsteil mit unverbindlichen Absichtserklärungen: Es beschränkt sich auf die Auflistung einiger Kooperationsfelder (unter anderem Forschungspartnerschaften, Technologietransfer oder Wissensaustausch), in denen die Vertragsparteien ihre Zusammenarbeit verstärken „sollten“. Bindend aber ist keine der hier aufgeführten Kooperationsoptionen. [Folglich handelt es sich lediglich um unverbindliche Aussagen mit Verweis auf den UN-Klimaprozess und das Pariser Klimaabkommen.](#)

9. “Das Abkommen umfasst Bestimmungen zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung und eine Verpflichtung zur Bekämpfung des illegalen Holzabbaus - einschließlich der Einbeziehung lokaler und indigener Gemeinschaften.”

Die Rechte indigener Völker und lokaler Gemeinschaften sowie der Schutz ihrer Lebensgrundlagen muss eine Priorität der EU-Politik sein. Das gilt auch bei dem Schutz und der Wiederherstellung von Wäldern und Ökosystemen weltweit. Das EU-Mercosur-Abkommen ist allerdings keineswegs das geeignete Instrument dafür. Die EU-Kommission hat nichts unternommen um sicherzustellen, dass diese Gruppen zum Inhalt des Abkommens konsultiert werden. Sie hat die Verhandlungen abgeschlossen, ohne ihre eigene in Auftrag gegebene Einschätzung zur Nachhaltigkeit (siehe oben) abzuwarten.

Das Abkommen beruht auf der Annahme, dass die „Einbeziehung“ indigener Völker in transnationale „Lieferketten von Holz- und Nichtholzprodukten der Forstwirtschaft“ per Definition das wünschenswerte und geeignetste Mittel ist, um „ihre Lebensgrundlagen zu verbessern“ und

„die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Wälder zu fördern“. Es ignoriert jedoch die Art und Weise, wie eine solche „Einbeziehung“ heute konkret erfolgt.

Die Morde an Umweltschützerinnen und Umweltschützern und indigenen Anführerinnen und Anführern haben [im Amazonas Rekordzahlen erreicht](#). Ein international verbindliches Abkommen zu beschließen, das sich nicht damit befasst, ist skandalös.

Anstatt den Schutz indigener Völker und lokaler Gemeinschaften zu verstärken, wurde in den [Bestimmungen](#) des Abkommens die ([von der UN anerkannte](#)) Formulierung „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ (ein wesentlicher Garant für die Rechte der indigenen Völker auf das Land, auf dem sie leben) in „vorherige informierte Zustimmung“ abgeändert. Dass in dieser Bestimmung nicht einmal die bestehende Menschenrechtsnorm angewandt wird zeigt, dass die Rechte der indigenen Völker in dem Handelsabkommen keine Priorität hatten.

In ihrer Mitteilung „Intensivierung der EU-Maßnahmen zum Schutz und zur Wiederherstellung der Wälder in der Welt“ hat die Europäische Kommission anerkannt, dass [der Konsum innerhalb der EU unverhältnismäßig hohe 10% des weltweiten Anteils an der Entwaldung ausmacht](#) – in Form des gesamten Endverbrauchs an Rohstoffen wie Palmöl, Rindfleisch, Soja, Kakao, Mais, Holz und Kautschuk. [Politik und Gesetze](#) müssen dem ein Ende setzen und es nicht noch verschlimmern.

Weitere Informationen zu dem Abkommen:

- [Greenpeace: EU-Mercosur: Zweierlei Maß bei Ackergiften](#). Diese Kurzanalyse zeigt auf, wie EU-Unternehmen, darunter die deutschen Chemieriesen BAYER und BASF, von der im Rahmen des EU-Mercosur-Abkommens geplanten Zollbefreiung profitieren werden – auf Kosten der biologischen Vielfalt, der Menschen und der Umwelt.
- [Misereor, Greenpeace und Dreikönigsaktion: EU-Mercosur-Abkommen: Risiken für Klimaschutz und Menschenrechte](#). Diese Publikation schildert zentrale menschenrechtliche und ökologische Risiken des EU-Mercosur-Abkommens anhand der bisher veröffentlichten Vertragstexte des Handelsteils. Ferner analysiert sie, inwieweit der angestrebte Vertrag die erforderliche Regulierung schädlicher Warenströme behindern könnte.
- [Greenpeace: EU-Mercosur Juristische Fragen + Antworten](#). Dieses englischsprachige Dokument enthält Informationen über den Text des Abkommens mit Schwerpunkt auf dem Kapitel Handel und nachhaltige Entwicklung und dem Vorsorgeprinzip sowie auf Themen wie Regulierungsrecht, Lebensmittelsicherheit und dem Pariser Abkommen.
- Greenpeace [veröffentlichte](#) im Oktober 2020 den unter Verschluss gehaltenen Vertragstext zum EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen, den die EU und die vier Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay am 18. Juni 2020 abgeschlossen haben. Das Assoziierungsabkommen ist der übergeordnete Vertrag, das umstrittene Freihandelsabkommen ein Teil davon. Die Kenntnis des Abkommens ist

entscheidend, um den Handelsteil überhaupt umfassend bewerten zu können. Deshalb legte Greenpeace eine [Analyse](#) von Teilen des Textes des Abkommens vor.

- Weitere Informationen finden sich auf der [Homepage der Generaldirektion Handel](#) und bei der Webpräsenz des [Netzwerkes Gerechter Welthandel](#).

